

Digitale Daseinsvorsorge: Eine neue Gemeinschaftsaufgabe zur Unterstützung von Kommunen

Jens Meier, Roman Ringwald

Zusammenfassung: Die Digitalisierung transformiert traditionelle Konzepte der Daseinsvorsorge und erweitert sie um digitale Elemente. Digitale Daseinsvorsorge umfasst essenzielle digitale Infrastrukturen, Dienstleistungen und Güter, die für gesellschaftliche Teilhabe, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und digitale Souveränität notwendig sind. Dies schließt sowohl die digitale Transformation klassischer Aufgaben wie den Breitbandausbau als auch neue Tätigkeitsfelder wie die Bereitstellung und Verwaltung von Daten ein. Kommunen und kommunale Unternehmen spielen zentrale Rollen in der Bereitstellung digitaler Daseinsvorsorge, während Bund und Länder wichtige Förder- und Finanzierungsfunktionen übernehmen. Die Herausforderungen im Rahmen der digitalen Daseinsvorsorge führen zu einem erheblichen Anpassungsbedarf im Rechts- und Finanzierungsrahmen. Auf Länderebene sollte daher umfassend geprüft werden, welche Aufgaben der digitalen Daseinsvorsorge als Pflichtaufgabe auf die Kommunen übertragen werden können. Um eine ganzeinheitliche, flächendeckende Digitalisierungsstrategie zu entwickeln, ist eine stärkere Einbindung des Bundes notwendig. Hierfür sollte die digitale Daseinsvorsorge als neue Gemeinschaftsaufgabe in Art. 91a Grundgesetz verankert werden.

Schlagwörter: Digitale Daseinsvorsorge, Digitalisierung, Daten, Kommunale Unternehmen

Digital public services: A new joint task to support municipalities

Abstract: Digitalization is transforming traditional concepts of public services and expanding them to include digital elements. Digital public services encompass essential digital infrastructures, services and goods that are necessary for societal participation, equal living conditions, and digital sovereignty. This includes both the digital transformation of traditional tasks, such as broadband expansion, and new areas of activity, such as the provision and management of data. Municipalities and municipal enterprises play central roles in the provision of digital public services, while the federal and state governments take on important roles in funding and financial support. The challenges associated with digital public services are leading to a considerable need for adaptation in the legal and financing framework. At the state level, therefore, a comprehensive review should be conducted to determine which digital public service tasks can be transferred to the municipalities as mandatory tasks. In order to develop a comprehensive, nationwide digitization strategy, greater involvement of the federal government is necessary. To this end, digital public services should be enshrined as a new joint task in Article 91a of the German Constitution.

Keywords: Digital Public Services, Digitalization, Data, Municipal Enterprises

1 Digitalisierung und Daseinsvorsorge

Die Digitalisierung verändert Staat und Gesellschaft tiefgreifend. Sie prägt sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Neue Kompetenzen und Geschäftsmodelle verändern die wirtschaftliche Wertschöpfung und führen ebenso zu großen Herausforderungen für etablierte Unternehmen wie sie erhebliches Potential für neue Unternehmen bilden. Gleichzeitig sind digitale Anwendungen ein selbstverständlicher und in ihrem Umfang wachsender Teil des Alltags der Bürgerinnen und Bürger. Dies verändert auch die Erwartungen an staatliche Leistungen – unabhängig davon, ob es unmittelbar um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geht oder der Staat gewährleisten soll, dass die erforderliche digitale Infrastruktur für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger flächendeckend und bedarfsgerecht verfügbar ist.

Es verwundert deswegen auch nicht, dass die Digitalisierung im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung eine prominente Rolle einnimmt. Die Digitalisierung wird dabei dort gleichermaßen als Teil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verstanden. Durch eine Verbesserung der Bedingungen für eine anwendungsorientierte Forschung und Gründung soll die wirtschaftliche Wertschöpfung vermehrt in Deutschland und Europa stattfinden. Gleichzeitig sollen digitale Kompetenzen gestärkt werden, um allen Menschen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dies wird ergänzt durch das Leitbild einer vorausschauenden, vernetzten, leistungsfähigen und nutzerzentrierten Verwaltung – möglichst rein digital. Zudem sollen die digitalen Infrastrukturen insbesondere mit einem Fokus auf den flächendeckenden Glasfaserausbau und dem Auf- und Ausbau von Rechenzentren gestärkt werden. Dabei wird zwar der privatwirtschaftlichen Tätigkeit ein Vorrang eingeräumt, die Rolle der öffentlichen Hand wird jedoch ebenfalls betont: Wo die privatwirtschaftliche Initiative die gewünschten Ziele nicht oder nicht vollständig erreicht, tritt die öffentliche Hand ergänzend hinzu (Verantwortung für Deutschland, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, Zeilen 2139 ff.). Ein neues Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung soll diese Vorhaben auch institutionell absichern.

Dazu passt es gut, dass die Digitalminister der Bundesländer den Bund jüngst aufgefordert haben, sich bei der Umsetzung von zentralen Digitalisierungsvorhaben erheblich zu beteiligen und insbesondere die Kosten für die zentralen Infrastrukturkomponenten zu übernehmen. Dabei werden grundlegende Modellprojekte für digitale Rahmenbedingungen, wie z. B. das Modellprojekt Smart Cities hervorgehoben – diese gelte es auszubauen und zu verstetigen (Sonderdigitalministerkonferenz vom 28.03.2025, TOP 3: Digital-Agenda 2025 – Ein Arbeitsprogramm für Deutschland, S. 2 f., 8). Das Modellprojekt Smart Cities, in dessen Rahmen der Bund derzeit 73 Modellprojekte mit insgesamt 820 Millionen Euro als Experimentierorte der integrierten Stadtentwicklung fördert, steht dabei auch deswegen im Fokus, weil erste Kommunen bereits dem Ende der Förderung entgegensehen und die Verstetigung der geförderten Tätigkeiten nun ansteht. Anderen Kommunen, die nicht an dem Modellprojekt beteiligt waren, steht vielfach die grundlegende Strategiebildung noch bevor.

Die angeführten Forderungen und Ziele machen eines ganz deutlich: Die Digitalisierung kann nicht ohne eine leistungsfähige Infrastruktur gelingen und sie ist dem wirtschaftlichen Erfolg ebenso verpflichtet wie der gesellschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Dabei wird die privatwirtschaftliche Initiative eine wesentliche Rolle spielen. Sie allein ist aber nicht geeignet, die genannten Ziele zu erreichen. Vielmehr müssen sich auch Staat und